

Veränderung ermöglichen, Sicherheit garantieren, Werte leben

- Notwendiger Abbau der Bürokratie, um Innovation freizusetzen
- Klarere Regeln für alle garantieren die Freiheit des Einzelnen
- Soziale Verantwortung statt NGO-Subventionierung

Unser Ziel: Transformation in eine fortschrittlichere, freiheitlichere und gerechtere Gesellschaft.

Neue Regeln für Politiker

Zustand heute:

Inkompetenz, Unfähigkeit und Vetternwirtschaft in allen Parteien und Parlamenten, korrumpierte planwirtschaftliche Verflechtung von Politik und Wirtschaft, Aushebelung und Beugung des Rechtsstaates durch Politik und Wirtschaft.

Unser Ziel:

- alte Berufspolitiker durch moderne Volksdiener auf Zeit ersetzen
- Amtszeitbegrenzung auf 2 Amtsperioden für alle politischen Ämter
- Steuerverschwendung mit Steuerhinterziehung gleichsetzen (§266a StGB Haushaltsuntreue)
- Haftung für die Nichtverfolgung von Straftaten (§138a StGB Mitwisserschaft im Amt)
- Automatische Regressforderung an das politische Entscheidungsgremium oder den Entscheidungsträger ab einer Million Euro gerichtlich verordneter Schadensersatzzahlung des Staates (Fehler gerichtlich nachgewiesen)
- Verbot jeglicher Nebentätigkeiten zur Abgeordnetentätigkeit
- Keine Jobs für Politiker in Staatsbetrieben bis 5 Jahre nach Ausscheiden aus der Politik
- Verbot kommerzieller Tätigkeiten für Parteien und Abschaffung der intransparenten Parteistiftungsfinanzierung, Parteienfinanzierung nur noch pro Stimme (1 Stimme = 1 Euro)
- Verkleinerung des Bundestags (500-sind-genug)

Politische Mitbestimmung der Bürger

Zustand heute:

Demokratische Prozesse sind Fraktionszwang und Vetternwirtschaft gewichen, Abgeordnete stimmen über Gesetze ab, die sie nicht verstehen, Bundestag und Oppositionsparteien haben ihre Kontrollfunktion aufgegeben. Es gibt einen tiefen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust aller drei Gewalten im Staat.

Unser Ziel:

- Neuverschuldung des Staates nur nach Volksabstimmung
- Rückabwicklung von Gesetzen durch Volksentscheid (6 Mio. Unterstützerunterschriften im Bund)
- Amtsenthebung von Regierungsmitgliedern durch Volksentscheid (12 Mio. Unterstützerunterschriften im Bund)
- Direkte Wahlen von Richtern
- Weisungsbefugnis der Justizminister an die Staatsanwälte abschaffen
- Eindeutige, möglichst einfach verständliche Formulierung von Gesetzen